
Protokoll

über die 16. Sitzung des Rates der Stadt Wedel am Donnerstag
dem 20.02.2020, im Ratssaal des Rathauses

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 22:00 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Kay Burmester	
Herr Julian Fresch	
Herr Christian Fuchs	
Herr Jörg Keller	
Herr Michael C. Kissig	Fraktionsvorsitzender
Herr Peter Kramer	
Herr Jan Lüchau	
Herr Christoph Matthiessen	
Herr Michael Schernikau	Stadtpräsident
Herr Stephan Schwartz	
Herr Herbert Thomascheski	1. stellv. Bürgermeister

WSI:

Frau Angela Drewes	
Herr René Penz	
Herr Andreas Schnieber	Fraktionsvorsitzender

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Frau Aysen Ciker	2. stellv. Stadtpräsidentin
Herr Rainer Hagendorf	3. stellv. Bürgermeister
Frau Petra Kärger	
Frau Dagmar Süß	
Herr Willibald Ulbrich	
Herr Olaf Wuttke	Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion:

Frau Meltem Adal	
Herr Lothar Barop	1. stellv. Stadtpräsident
Herr Rüdiger Fölske	
Frau Sophia Jacobs-Emeis	Fraktionsvorsitzende, 2. stellv. Bürgermeisterin
Frau Heidi Keck	
Herr Wolfgang Rüdiger	

FDP-Fraktion:

Frau Renate Koschorrek	Fraktionsvorsitzende
------------------------	----------------------

Frau Nina Schilling
Herr Martin Schumacher
Frau Andrea Spangenberg

Fraktion DIE LINKE:

Herr Patrick Eichberger
Herr Dr. Detlef Murphy
Herr Bastian Sue

Fraktionsvorsitzender

Fraktionslos:

Herr Dennis Lobeck
Frau Gabriele Ulm

ab TOP 5

Seniorenbeirat:

Herr Bruno Helms

Jugendbeirat:

Herr Anton Gotzes
Frau Vivian Müller

Umweltbeirat:

Frau Bianca Sievers

Verwaltung:

Herr Jörg Amelung
Herr Niels Schmidt
Herr Volkmar Scholz
Frau Gisela Sinz
Herr Niklas Viehmann
Herr Ralf Waßmann

Bürgermeister

Schriftführer

Es fehlte entschuldigt:

WSI:

Frau Gudrun Nagel

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Herr Dr. Ralf Sonntag

SPD-Fraktion:

Frau Claudia Wittburg

Verwaltung:



Herr Rolf Jagemann

Außerdem waren 12 Einwohnerinnen und Einwohner sowie ein Vertreter der örtlichen Presse anwesend.

Um 19 Uhr begrüßt der Stadtpräsident alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates durch Anwesenheit von 34 Ratsmitgliedern fest und eröffnet die Sitzung.

Der Tagesordnungspunkt 3 Schriftliche Anträge soll in Zukunft gestrichen werden, da dieser nicht erforderlich ist und den Eindruck erwecke, es sei möglich noch nach Versand der Unterlagen schriftliche Anträge einzureichen. Nach der Geschäftsordnung des Rates gibt es hingegen eine Antragsfrist von 14 Tagen. Fristgerechte Anträge erhalten einen eigenen gesonderten TOP.

Herr Dr. Murphy stellt den Antrag, die Tagesordnungspunkte 5 und 6 zu tauschen.

Mit diesen Änderungen beschließt der Rat einstimmig die Tagesordnung sowie den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der Tagesordnungspunkte 8 und 9.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

T A G E S O R D N U N G

- 1.) Einwohnerfragestunde
 - 1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen
 - 1.2 Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner
 - 2.) Protokollgenehmigung, hier: Öffentliches Protokoll der 15. Sitzung vom 23.01.2020
 - 3.) ~~Schriftliche Anträge~~
 - 4.) Nachbesetzung von Gremien
 - 5.) Vorgehen bezüglich der Neubauten städtischer Wohnunterkünfte
 - 6.) Haushaltssatzung 2020
 - 7.) Öffentliche Mitteilungen und Anfragen
 - 7.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen, Prüfaufträgen und To-Do-Liste
 - 7.2 Anfragen
- Unter Ausschluss der Öffentlichkeit**
- 8.) Protokollgenehmigung, hier: Nichtöffentliches Protokoll der 15. Sitzung vom 23.01.2020
-

9.) Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen**9.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen, Prüfaufträgen und To-Do-Liste****9.2 Nichtöffentliche Anfragen****10.) Unterrichtung der Öffentlichkeit****Öffentlicher Teil:****1.) Einwohnerfragestunde****1.1.) Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen**

Es liegen keine vorangegangenen nicht beantworteten Fragen vor.

1.2.) Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner

Vier Einwohnerinnen und Einwohner stellen Fragen an die Verwaltung.

Zunächst erkundigt sich Frau Weber, ob eine Ausgleichsfläche für die Parkplätze durch den möglichen Bau einer Wohnunterkunft in der Heinestraße vorgesehen sei.

Herr Schmidt antwortet, dass dort eine Interessenabwägung stattfinde. Die Unterbringung von Wohnungslosen gegen die Bereitstellung von öffentlichem Wohnraum. In der heutigen Beratung unter TOP 5 stehen lediglich die Standorte als solches zur Debatte. Eine Lösung für die wegfallenden Parkplätze in der Heinestraße gebe es nicht. Es sei auch nicht klar, wann gebaut werde. Es gäbe eine grobe Planung, sobald es konkreter wird, könne mit den Nachbarn gesprochen werden.

Als nächstes stellt Herr Martens die Frage, ob die Stadt sich einen Personalanstieg von 10 % in den letzten zwei Jahren leisten könne. Herr Schmidt erklärt, dass der Anstieg auf die Ausweitung des Leistungsangebotes der freiwilligen Leistungen zurückzuführen sei.

Herr Janetzky spricht für die Bewohner und Nachbarn der Tucholskystraße, anliegend an die Heinestraße. Grundsätzlich stellt er klar, dass sie nicht gegen die Bewohner und den Standort der angedachten Wohnunterkunft seien. 5 Jahre nach dem Ratsbeschluss, der den Standort Heinestraße festgelegt hat, haben die Nachbarn noch keine weiteren Informationen erhalten. Herr Janetzky hofft auf einen Interessenaustausch und zählt einige Bedenken in Bezug auf den geplanten Baukörper der Wohnunterkunft auf. Herr Schmidt bietet an, dass ein Termin für ein weiteres Gespräch vereinbart werden könne.

Frau Binz-Vedder berichtet über ein geplantes Azubiticket in Hamburg, welches den Hamburger Gesamtbereich des ÖPNV für 30 € beinhaltet. In Wedel gebe es so etwas nicht. Sowohl die Verbindungen als auch die Preise seien gerade für Jugendliche sehr schlecht. Es werde Unterstützung der Politik und der Unternehmen benötigt.

Herr Schernikau berichtet, dass der ÖPNV in Wedel ein großes Problem sei und die Stadt sich damit beschäftige. Jedoch sei die Handhabbarkeit für die Stadt schwierig.

Frau Kärgel ist enttäuscht, dass es momentan nicht vorankommt. Sie bittet die Klimaschutzmanagerin, sich an die Unternehmen zu wenden, damit diese Zuschüsse für ihre Auszubildenden und Mitarbeiter zahlen.

Herr Schmidt erklärt, dass gerade im Bereich des ÖPNV die Unterschiede zwischen Flächen- und Stadtstaaten deutlich werden. In Wedel ist der Träger des ÖPNV der Kreis Pinneberg. Die Vorschläge Wedels werden eingebracht. Die Buslinien im Vergleich zu früher haben sich deutlich verbessert. Bereits viele Unternehmen, so auch die Stadt Wedel selbst, fördern Jobtickets.

2.) Protokollgenehmigung, hier: Öffentliches Protokoll der 15. Sitzung vom 23.01.2020

Der Rat genehmigt das öffentliche Protokoll der 15. Sitzung vom 23.01.2020 einstimmig bei 4 Enthaltungen.

3.) ~~Schriftliche Anträge~~

4.) Nachbesetzung von Gremien

Herr Dr. Murphy stellt für die Fraktion DIE LINKE den Antrag, Frau Ulrike Gebauer in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Wedel nach zu besetzen.

Der Rat beschließt einstimmig:

Beschluss

Der Rat beschließt, Frau Ulrike Gebauer in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Wedel nach zu besetzen.

**5.) Vorgehen bezüglich der Neubauten städtischer Wohnunterkünfte
Vorlage: BV/2020/002/1**

Zu diesem TOP liegt eine Tischvorlage mit zwei Änderungsanträgen der CDU vor.

Zu Beginn der Diskussion erfragt Herr Schernikau, ob in Zukunft auf die Verteilung von Tischvorlagen verzichtet werden könne und ob eine Bereitstellung per Email oder im Bürger- und Ratsinformationssystem ausreichend wäre.

Dies findet im Gremium jedoch keinen Konsens, sodass weiterhin anfallende Tischvorlagen verteilt werden.

Herr Fresch bringt die Vorlage ein. Der Sozialausschuss hat die Vorlage mit Änderungen dem Rat mehrheitlich empfohlen.

Für die CDU beantragt Herr Fresch getrennte Abstimmung über die einzelnen Punkte der Vorlage. Zudem stellt er zwei Änderungsanträge, die zum Ziel haben, die Änderungen des Sozialausschusses aufzuheben und die Vorlage auf den Stand vor dem Empfehlungsbeschluss des Sozialausschusses zubringen.

Die SPD unterstützt die vorliegende Beschlussvorlage aus dem Sozialausschuss. Es sei wichtig, dass keine Priorisierung vorgenommen wird, die Standorte gesichert werden sowie eine Gleichzeitigkeit der Planungen gegeben werden könne. Die Änderungsanträge der CDU würden den Grundsatz, dass keine Priorisierung vorgenommen werde, konterkarieren. Die Begrenzung der Wohneinheiten der Wohnunterkunft am Bullenseedamm war Ergebnis der



Fachberatung. Sie reduziere die Risiken für ein friedliches, ruhiges und einvernehmliches Leben.

Die FDP werde den Änderungsanträgen der CDU zustimmen. Die Reduzierung der Wohneinheiten am Bullenseedamm hätte eine Änderung der Planung zur Folge, dadurch werde weitere Zeit verloren gehen. Dies sei nicht zumutbar. Bei der Unterkunft am Steinberg solle zunächst auf die Ergebnisse des Sportentwicklungsplanes gewartet werden.

Die Grünen berichten von einer in 2015 aufgestellten Prioritätenliste, von der lediglich einer von vier Punkten abgearbeitet worden sei. Die Grünen waren damals gegen eine Unterkunft am Bullenseedamm, haben aber dem Gesamtbeschluss dennoch zugestimmt. Kritisiert wird die Anbindung des ÖPNV an den Bullenseedamm. Es sei sinnvoll und wichtig die Unterbringung zu streuen und zu durchmischen, um eine bessere gegenseitige Integration zu ermöglichen. Die Unterkunft am Bullenseedamm würde dem Verständnis einer integrativen Unterbringung widersprechen. Das betroffene Grundstück läge im Außenbereich, hier müsse zunächst genau geprüft werden, ob keine Splittersiedlung entstehen würde. Die rechtliche Zulässigkeit der Wohnunterkunft am Bullenseedamm sei unklar.

Die Grünen beantragen, dass keine Priorisierung der Standorte statfinde und ein Beschluss der Vorbereitung der weiteren Verfahren an den einzelnen Standorten diene.

DIE LINKEN verstehen die Änderungsanträge der CDU nicht und vermissen eine wirkliche Begründung. Es solle keine Priorisierung der einzelnen Maßnahmen erfolgen. DIE LINKE folgt dem Empfehlungsbeschluss des Sozialausschusses. Die Integration der Wohnungslosen sollte in der Mitte der Gesellschaft in Kleingruppen erfolgen.

Herr Fresch führt zu den Änderungsanträgen aus, dass es sich bei der Unterkunft am Bullenseedamm um eine Verschlimmbesserung handle. Durch die Reduzierung der Wohneinheiten sei eine neue Planung erforderlich, die erneut viel Zeit koste. In Bezug auf die Unterkunft am Steinberg solle zunächst auf den Sportentwicklungsplan gewartet werden. Die Ergebnisse kennt keiner, es ist jedoch klar, dass den Vereinen zu wenig Flächen zur Verfügung stehen. Es sollten keine Schnellschüsse getroffen werden. Den Standort Heinestraße lehnt die CDU ab. Dort würden 40 Parkplätze wegfallen, die Autos müssten auf der Straße parken und würden dadurch vor allem den Busverkehr behindern. Die CDU habe damals einen Alternativstandort auf der Parkfläche der Schrebergartenkolonie Corsland aufgeworfen, der jedoch nicht geprüft wurde. Zudem führt Herr Fresch aus, dass in den derzeitig abgängigen Wohnunterkünften hauptsächlich Singles und Paare leben, die Unterkunft in der Heinestraße jedoch mit 8 Einheiten für 29 Personen viele 3er und 4er Apartments haben werde. Dies decke nicht den aktuellen Bedarf.

Die WSI geht davon aus, dass es noch keine definitive Festlegung der Architektur der Unterkunft in der Heinestraße gebe und dies zunächst noch im UBF und im Sozialausschuss beraten werde. Dem Änderungsantrag der CDU in Bezug auf den Bullenseedamm stimme die WSI zu. Bei der Unterkunft am Steinberg sei sie ergebnisoffen. Der Standort sei geeignet und wichtig für Wohnungen, sollte jedoch der Bedarf an Sportstätten vorhanden sein und es einen geeigneten Alternativvorschlag geben, dann wäre dies auch möglich.

Die SPD weist darauf hin, dass es einen Ratsbeschluss gab, der den Bau der Unterkünfte vorsah. Bisher sei jedoch noch nichts passiert. Die SPD würde an dem alten Beschluss festhalten. In der Heinestraße und am Steinberg werden Interessenkonflikte zwischen Parkflächen und Wohnraum bzw. Sportbedarf und Wohnraum gesehen. Für den Bullenseedamm gebe es nur eine begrenzte Anzahl, die dort gerne leben würde. Die SPD teile daher die im Ausschuss getroffene Empfehlung mit höchstens 8 Wohneinheiten.

Es wird die Frage aufgeworfen, warum der von der CDU vorgeschlagene Standort am Corsland Parkplatz nicht geeignet sei. Herr Schernikau antwortet, dass die seinerzeit von der Verwaltung im Planungsausschuss vorgetragene Begründung lautete, dass dadurch u.a. eine Konzentration im Moorweggebiet stattfände und die Fläche zu weit entfernt der ÖPNV- Anbindung und der allgemeinen Infrastruktur, z. B. Nahversorger, läge und deshalb das Ergebnis einer Prüfung negativ ausfallen würde.

Der Vorsitzende schließt die Debatte und unterbricht die Sitzung auf Bitten der Grünen für 5 Minuten.

Nach Wiedereintritt in die Sitzung geht es in die Beschlussfassung.

Herr Fölske verlässt den Raum.

Die Änderungsanträge der CDU werden jeweils mit 20 Ja / 14 Nein angenommen.

Beschluss

Der Rat beschließt, den Wortlaut des ersten Spiegelstriches der vorliegenden Beschlussvorlage (BV/2020/002/1) wie folgt zu ändern: „Bullenseedamm (Erweiterung der bereits bestehenden Wohnunterkunft)“.

Beschluss

Der Rat beschließt, den Spiegelstrich „Steinberg 8a“ wie folgt und ursprünglich vorgesehen zu ergänzen: „Die Beratungen werden nach dem Vorliegen der Bedarfsprüfung durch den Sportentwicklungsplan fortgesetzt.“

Der Ergänzungsantrag der Fraktion Die Grünen wird einstimmig beschlossen.

Beschluss

Der Rat beschließt, dass keine Priorisierung der Standorte stattfindet und ein Beschluss der Vorbereitung der weiteren Verfahren an den einzelnen Standorten diene.

Anschließend wird im Einzelnen über die Standorte an der Schulauer Straße und der Heinestraße abgestimmt.

Der Standort an der Schulauer Straße wird einstimmig beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Stadt Wedel beschließt den Neubau/Erweiterung von städtischen Wohnunterkünften an den folgenden Standorten:

- Abriss und Neubau Schulauer Straße

Der Standort Heinestraße wird mit 21 Ja / 13 Nein beschlossen.

Beschluss

Der Rat der Stadt Wedel beschließt den Neubau/Erweiterung von städtischen Wohnunterkünften an den folgenden Standorten:

- Heinestraße

Anschließend wird die geänderte Beschlussvorlage BV/2020/002/1 mit den beschlossenen Änderungen mit 6 Ja / 22 Nein / 6 Enthaltungen abgelehnt.

Auf Nachfrage von Frau Keck stellt der Vorsitzende klar, dass der gegenwärtig eingebrachte Beschlussvorschlag keine Mehrheit gefunden hat und damit die letzte Beschlusslage des Rates Bestand hat. Er gehe davon aus, dass der Sozialausschuss einen neuen Empfehlungsbeschluss einbringen werde.

**6.) Haushaltssatzung 2020
Vorlage: BV/2019/125**

Herr Kissig bringt diese Vorlage ein. Er macht darauf aufmerksam, dass es sich um denselben Stand der Vorlage handelt, wie bereits im Dezember. Lediglich gab es Änderungen der Verwaltung im Investitionsplan. Dieser wurde in Hinblick auf die Kassenwirksamkeit der Investitionen überprüft und entsprechend gestreckt.

Herr Fölske betritt während des Redebeitrages von Herrn Dr. Murphy den Raum.

DIE LINKEN haben sich bei der Abstimmung im Haupt- und Finanzausschuss enthalten. Dies läge daran, dass sie zwei Meinungen hätten. Zum einen werde ein Ausgabenwahnsinn betrieben. In den Hafen werde mehr investiert als in den Schulbau.

Auf der anderen Seite seien viele Dinge im Haushalt verteidigungswert. Dies sei vermutlich der letzte Haushalt mit einem großen Leistungsangebot. Der Haushalt sei aus Sicht der Linken kein Haushalt über den Verhältnissen der Stadt, sondern angepasst an diese. Den Linken sei es unmöglich, dem Haushalt zuzustimmen, es sei ihnen jedoch auch unmöglich anzulehnen. Daher werden sie sich bei der Abstimmung enthalten.

Die FDP stimmt dem Haushalt zu. Die Handlungsfähigkeit der Stadt solle wiederhergestellt werden. Die Anpassung des Investitionsvolumens sei gut, jedoch wird die Frage aufgeworfen, wieso dies nicht bereits vorher gemacht wurde. Frau Koschorrek kritisiert, dass ein FDP Antrag im UBF mit realistischen Investitionen nicht behandelt wurde. Obwohl die Kreisumlage etwas gesenkt werden wird, bleibt dennoch ein hohes Defizit bestehen. Die Steuererhöhungen werden kommen müssen.

Die WSI stimmt dem Haushalt ebenfalls zu und trägt das Investitionsvolumen mit. Die Stadt werde mit einem Beschluss wieder handlungsfähig und Schulbauprojekte können begonnen werden. Trotz fehlender Mehrheit im Dezember für den Haushalt wurde ein Konsolidierungskonzept beschlossen. Die WSI zweifelt daran, dass eine Konsolidierung erfolgt.

Die Grünen hätten sich teilweise andere Schwerpunkte gewünscht. Die Investitionsplanung wurde realistisch angepasst, es wurden keine Maßnahmen verhindert, sondern in realisierbare Häppchen aufgeteilt. Das Defizit von 5 Mio. Euro müsse nicht zwingend auf 0 gebracht werden. Der Mittelweg ist gegebenenfalls der Goldene. Die Grünen werden dem Haushalt zustimmen. Herr Wuttke hat im Investitionsplan eine Investition in Höhe von 900.000 Euro für den Umbau des östl. Tennisplatzes zum Kunstrasenplatz, für den er keinen Beschluss kenne. Er bittet die Verwaltung um Prüfung.

Herr Fölske spricht für die SPD. Die Investitionen wurden auf Empfehlung des Innenministeriums angepasst. Ansonsten läge derselbe Vorschlag wie bereits im Dezember vor. Geblieben sind jedoch die Risiken des Haushaltes. Die Kommunen müssten die Probleme des Bundes und der Länder tragen. Es liege lediglich ein Brückenhaushalt vor.

Ziel sei es nun, Wedel finanziell auf einen guten Weg zu bringen. Die SPD werde an der Konsolidierung weiterarbeiten.

Die CDU halte den jetzigen Haushaltsentwurf für zumindest besser als die Planung im Dezember. Er ist weniger schöngerechnet und die Haushaltsgrundsätze Haushaltswahrheit und Klarheit werden eher beachtet. Der Haushalt enthalte viele Maßnahmen, die die CDU unterstützt, allerdings fehlen weiterhin wichtige Punkte auf der Ausgabenseite. Die Kita Reform fehlt sowie sind die Folgekosten der vielen Investitionen nicht eingeplant. Die CDU hält den Haushalt für nicht zustimmungsfähig und enthalte sich daher. Die Ausgaben seien zu hoch und die Einnahmen zu gering. Herr Kissig appelliert an den Rat, im Zuge der Haushaltskonsolidierung auch Zustimmung für unangenehme Maßnahmen zu geben.

Anschließend findet eine längere, von den Politikern selbst als wenig zielführende bezeichnete Diskussion statt.

Nach Beendigung der Diskussion schließt der Vorsitzende die Debatte und macht deutlich, dass dies nicht die Art von Debatte sei, die er sich vorstelle. Das koste Zeit und helfe der Stadt nicht. Im Rat seien 6 Fraktionen und zwei fraktionslose Ratsmitglieder vertreten. Er wies darauf hin, dass die Fraktionen üblicherweise über ihre jeweiligen Ausschusssprecher oder ihren Fraktionsvorsitzenden den jeweiligen Standpunkt im Rahmen der Haushaltsrede am 19.12.19 dargelegt hätten und für diese Sitzung lediglich eine Stellungnahme zu den Änderungen zu erwarten gewesen sei. Am Ende habe er aber 18 Wortmeldungen der Mandatsträger über rd. 1,5 Stunden zugelassen, von denen viele praktisch nichts mit dem konkreten Beratungsgegenstand, nämlich dem Haushalt der Stadt Wedel für das Jahr 2020, zu tun gehabt hätten. Er nähme den Verlauf dieser Beratung zum Anlass, die Ratsmitglieder zu mehr Konstruktivität aufzufordern.

Anschließend beschließt der Rat mit 19 Ja / 1 Nein / 15 Enthaltungen:

Beschluss

Der Rat der Stadt Wedel beschließt die Haushaltssatzung 2020.

7.) Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

7.1.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen, Prüfaufträgen und To-Do-Liste

Herr Schmidt antwortet auf die Fragen von Herrn Barop, die während einer Bürgerfragestunde gestellt wurden.

Die Stadtwerke hat Kontakt zu den Gewerbebetrieben in der Pinneberger Straße aufgenommen, die Beeinträchtigung soll dort möglichst knapp gehalten werden.

Eine Beteiligung der Nachbarn der geplanten Wohnunterkunft in der Heinestraße ist vorgesehen.

7.2.) Anfragen

Aus der Politik werden einige Fragen gestellt, die von der Verwaltung direkt beantwortet werden.

Der Geldautomat im ehemaligen Sparkassengebäude im Moorweg bleibt erhalten.

Die Mitglieder des BKS haben einen Brief der GHS erhalten, in dem ein sehr desolater Zustand der Gebäude geschildert werde. Die Sachstände seien teilweise anders dargestellt,



als sie in Wirklichkeit sind. Derzeit läuft das Ausschreibungsverfahren der Architektenleistungen.

Aufgrund der Lärmbelastungen an der GHS durch die anliegenden Bauarbeiten ging ein Schreiben von der Schule an die Baufirma.

Die Rudolf-Breitscheid-Halle wurde für die Möglichkeit von e-Cycling geprüft. Jedoch wäre ein solcher Betrieb nur mit teuren Maßnahmen verbunden. Es werde keine Räumlichkeit gefunden.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.

10.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Es wurden keine Beschlüsse in nichtöffentlicher Sitzung gefasst.

Anschließend bedankt sich Herr Schernikau bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 22 Uhr.

Michael Schernikau
Stadtpräsident

Niklas Viehmann
Schriftführer

Datum der
Unterschrift

